Martin Schulz für mehr Europa in Europa

Veranstaltung der SPD Landesorganisation Bremen mit Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments am 5.11.2012 in Bremen im Haus der Wissenschaft, ca. 200 Teilnehmer

Von Edgar Einemann (7.11.2012)

Ein Bericht über die Rede und Stellungnahmen zu Fragen.
(Kein Protokoll von Rede und Diskussion – alles ist etwas „sortiert“ nach inhaltlichen Punkten)

Martin Schulz hat den Erwartungen entsprechend ein engagiertes Plädoyer für das Zusammenbleiben der europäischen Staaten im gemeinsamen Verbund gehalten. Unter Hinweis auf den nach seiner Ansicht wohl verdienten Friedensnobelpreis für die EU hat er schon allein die Vermeidung von Krieg zwischen europäischen Staaten in den letzten 67 Jahren als große Errungenschaft der EU gewürdigt.

Bei der offensiven Begründung für das Festhalten an der EU und deren Ausbau wurden und 4 zentrale globale Probleme angesprochen, bei deren Lösung die europäischen Nationalstaaten schnell überfordert sein können. Als die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die die Grenzen der Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten erreichen bzw. überschreiten, nannte Schulz:

(1) Globale Handelsbeziehungen
(2) Klimaschutz
(3) Migrationsprobleme
(4) Weltweite Währungsbeziehungen und der EURO

zu (1) Globale Handelsbeziehungen.
Auf dem Gebiet der globalen ökonomischen Entwicklung sieht Schulz zumindest 2 Begründungen für einen europäischen Staatenverbund:
(1) Die von transnationalen Konzernen geprägte Globalisierung kann nur politisch (auch im Sinne von Arbeitnehmern) beeinflusst werden, wenn es handlungsfähige große politische Gebilde gibt. Stichwort: „ Zähmung des Kapitalismus auf transnationaler Ebene“.
(2) Es gibt eine globale Konkurrenz von großen Wirtschaftsregionen. Die Entstehung einer multipolaren Welt erfordert ein handlungsfähiges Europa - Europa muss sich als Weltregion aufstellen. Die Nationalstaaten Europas sind als Akteure der Zukunft einzeln nicht stark genug, das gilt auch für Deutschland. Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung ist derzeit 8%, bis 2050 wird er auf 4% sinken.

zu (2) Klimaschutz
Wenn die globale Umweltzerstörung so weiter geht wie bisher (Wachstum in anderen Regionen, Herausbildung von Lebensstilen wie derzeit in den USA und in Europa), dann ist das Ende des Planeten irgendwann absehbar. Verbindliche globale Vereinbarungen sind erforderlich, und eine europäische ökologische Investitions- und Industriepolitik kann zur globalen Problemlösung beitragen.

zu (3) Migrationsprobleme
Der Anteil der Weltbevölkerung, der nicht in Europa lebt, liegt derzeit bei 92% und wird bis 2050 auf 96% steigen. Es spricht leider viel dafür, dass der Zugang zu Wasser zum Kriegsgrund werden wird. Die Unterstützung für Nordafrika war bisher entschieden zu gering, hier ist die Wasserversorgung das zentrale Problem. Es fehlt auch an Infrastruktur z. B. für Bildung, Medizin, Transport. Hilfen z. B.

aus Spanien, Portugal, Italien und Griechenland wären möglich und die Schaffung einer Wirtschaftsregion im Mittelmeerraum ist nötig. Das muss aus ganz Europa schon im wohlverstandenen Eigeninteresse unterstützt werden, denn es zeichnen sich erhebliche Migrationsbewegungen ab. Und die Menschen, die dem Leid oder gar dem Tod entfliehen, sollte man nicht als Armutsflüchtlinge diskriminieren – sie sind Überlebenskämpfer.

(4) Weltweite Währungsbeziehungen und der EURO

Schulz kritisierte die zerstörerische Spekulation z. B. bei Nahrungsmitteln, die Hunger auf der einen und hohe Gewinne auf der anderen Seite bedeutet.
Er sah keine wirkliche Krise des Euro als Währung, dessen Einführung hatte eher positive Effekte: Der Euro hat einen hohen Wert gegenüber anderen Währungen, er ist die zweite Reservewährung der Welt und es gibt wenig Inflation. Japan und die USA haben weit mehr Schulden und weniger Wachstum, investiert wird aber verstärkt in den Dollar. Die Ursache hierfür liegt nach Schulz eher in der politischen Zersplitterung in Europa. Die fehlende politische Konstanz und permanente Aussagen-Wechsel haben in der europäischen Finanzkrise zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt.

Es gibt durchaus eine Alternative zum Euro. Das wäre die Rückkehr zu nationalen Währungen. Eine Rückkehr Deutschlands zur DM hätte nach Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung und der Bundesbank Aufwertung von 30% zur Folge. Konsequenz wären Exportprobleme aufgrund höherer Preise vor allem für den Mittelstand.

Es gibt Spekulations-Angriffe gegen Griechenland, die bei einem Erfolg auf Spanien und Italien übergehen werden und die am Ende auch auf Deutschland zielen.

Wenn man das Auseinanderbrechen Europas verhindern will, erfordert das Engagement und einschneidende Maßnahmen. Beispiele:

- Die Steuerflucht muss beendet werden. In Athen wird in Mülltonnen nach Nahrung gesucht, zugleich kaufen reiche Griechen in London die teuersten Immobilien. Ein Steuerabkommen mit der Schweiz muss die EU machen, damit man an das Geld der reichen Griechen herankommt.
- Eine Finanztransaktionssteuer ist nötig, um die Verursacher der Krise zumindest zu einem Teil an den Kosten für ihre Lösung zu beteiligen.
- Der EU-Etat ist der größte Investitionsetat in Europa. Es muss ein Wachstumsprogramm geben, sinnvoll sind z. B. ein über die EIB (Europäische Investitionsbank) gesteuertes Mikrokreditprogramm für Griechenland und Programme vor Ort.
- Die EZB-Politik bedeutet faktisch eine Vergemeinschaftung von Schulden. Die EZB musste handeln, weil sich die Politik nicht verständigen konnte.
- Es muss Eurobonds geben. Die hohen Zinsen für Italien sind Spekulation, ein politischer Angriff. (7% Zinsen für die Regierung Monti, Berlusconi zahlte noch 2%). Die Zinsspaltung von 0% für Deutschland und über 6% für Italien ruiniert Italien. Monti braucht eine Bankenlizenz für den Rettungsschirm ESM.

Das zentrale Problem liegt in der Umsetzung von Maßnahmen. Zur Finanzmarktregulierung wurden viele Richtlinien im Parlament beschlossen. Aber es geht alles in den Rat der Staats- und Regierungschefs unter van Rompuy. Da gilt das Einstimmigkeitsprinzip, da wird alles blockiert, weil irgendjemand immer ein Veto einlegt. Auch Eurobonds und eine Banklizenz für den ESM werden aus ideologischen Gründen nicht kommen, es gibt immer die Vetorecht-Nutzung. Großbritannien will den EU-Haushalt massiv reduzieren. Großbritannien, Schweden und die Niederlande erreichen mit ihren ablehnenden Haltung immer wieder einen Stillstand.

Plädoyer für mehr Europa

Angesichts der unerfreulichen Geschichte mit Krieg, Inflation, Faschismus und Zivilisationsbruch hat das friedliche Zusammenleben in Europa einen unschätzbaren Wert. Deutsche müssen bedenken, dass es nach 1945 Hilfe für Deutschland und den Demokratie-Aufbau gab statt eine Knebelung. Andere EU-Länder haben trotz großen eigenen Leids geholfen. Gemeinsame Institutionen und das Aushandeln von Kompromissen sind besser als Konflikte, Kämpfe und Kriege. Der Aufbau von Strukturen zur strukturellen Angriffs-Unfähigkeit einzelner Staaten ist ein Fortschritt.

Es geht insgesamt um die Verteidigung des europäischen Demokratie- und Sozialmodells. Soziale Rechte und Grundrechte gibt es woanders nicht überall, die wertegeleitete Demokratie in Europa ist ein hohes Kulturgut.

Bei allen Schwächen in Europa: man sollte lieber die Zusammenarbeit verbessern als sie aufgeben. Wünschenswert wären 3 Leuchtturmprojekte:

(1) Es ist eine europäische Regierung nötig. Der Transfer von Kompetenz von den Nationen zur EU erfordert auch eine europäische Regierung. In Europa muss es eine Gewaltenteilung geben: Eingesetzt wird die Regierung vom EU-Parlament, das sie auch abberufen kann.

(2) Eine Veränderung des Wahlverfahrens: Der Kommissionspräsident wird auf Basis des Wahlergebnisses vorgeschlagen. Bei der nächsten Europa-Wahl wird es erstmals Spitzenkandidaten geben, das wird zu einer weiteren „Europäisierung“ der Politik beitragen.

(3) Es muss verstärkte Kompetenzen für die EU geben. Aber auch Rückübertragungen sind vorstellbar, manches kann dezentral vielleicht besser geregelt werden.